

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**20. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 1. Februar 2018**

**(16.01 Uhr bis 01.04 Uhr)**

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 984 .....	19
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU: .....	19
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER: .....	20
Stadtverordneter Hubert Schmitt, SPD: .....	21
Oberbürgermeister Peter Feldmann: .....	22
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 988 .....	23
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.: .....	23
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	24
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD: .....	25
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE: .....	25
Stadtverordnete Verena David, CDU: .....	26
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 985 .....	27
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	27
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE: .....	28
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE.: .....	28
Stadtverordnete Verena David, CDU: .....	29
Stadtverordnete Stella Stilgenbauer, SPD: .....	30
Stadtrat Stefan Majer: .....	31
4. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	31
5. Beschlussfassung in geheimer Abstimmung gemäß § 39a Absatz 3 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung über die Vornahme der Wiederwahl des hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats, Frau Stadträtin Rosemarie Heilig (Antrag NR 479 CDU/SPD/GRÜNE) (Ende der Amtszeit: 12.07.2018) .....	32
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	32
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	34
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>35</b>
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.: .....	36
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	37
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	38
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER: .....	39
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	40
6. Wiederwahl von Stadträtin Rosemarie Heilig als hauptamtliches Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main .....	41
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 19.12.2017, NR 479	
Stadträtin Rosemarie Heilig: .....	42
7. Aushändigung der Ernennungsurkunde gemäß § 46 der Hessischen Gemeindeordnung an Frau Stadträtin Heilig .....	42
Oberbürgermeister Peter Feldmann: .....	42

schaft abspielenden Veränderungen ist, dann müssen auch wir sagen: Das ist zu wenig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Ganz am Ende ist also nicht viel Positives zu konstatieren. Wenn dem Wenigen, was vielleicht für sie spricht, das Viele, was nicht für sie spricht und was sie unterlassen hat, gegenübersteht, können wir Frau Heilig heute nicht mitwählen.

Vielen Dank!

(Beifall, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Schenk! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Bitte!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Guten Abend!

Starke Frau - wofür stark? Eine starke Frau, eine starke Umweltdezernentin stelle ich mir so vor, dass sie tatsächlich Nein sagt zu Projekten, die die Klimazerstörung weiter vorantreiben ...

(Zurufe)

... und die Aufwärmung der Stadt weiter vorantreiben. Rosemarie Heilig ist nicht offen gegen diese umweltzerstörerischen Großprojekte „Grüne Lunge“ oder jetzt gegen die Nordweststadt eingetreten. Bei der „Grünen Lunge“ ist erwiesen, dass zwar in Sachen Mikroklima beim Bebauen etwas gemacht wird und sich da auch einiges verändert hat, aber was das Makroklima betrifft, das heißt die Winde aus der Wetterau, die wirklich eine Durchlüftung in der Innenstadt bringen, da muss eine Umweltdezernentin notfalls sagen: Nein, da mache ich nicht mit, da gibt es einen Eklat im Magistrat, da einigen wir uns nicht. So etwas wird aber hier in Frankfurt und in ganz Deutschland nicht gelebt. Ich kenne so etwas aus Liverpool, wo Linke ganz klar ge-

sagt haben, wir machen eine soziale Politik, wir setzen uns für die Arbeitsplätze ein und gegen die zentrale Regierung. Rosemarie Heilig schafft es noch nicht einmal, die Interessen der Lebensqualität der Bürger in Frankfurt gegen den Oberbürgermeister Feldmann durchzusetzen und sich für mehr Grünflächen einzusetzen. Das ist gar nicht der Punkt, dass sie eine Ökologin war oder ist und dass sie im Klein-Klein gute Sachen macht. Das Klein-Klein gleicht aber die großen Dinge nicht aus. Solange sie so eine Politik vertritt, ist sie nicht wählbar. Und sie vertritt sie natürlich nicht, weil sie unabhängig ist, sondern weil sie abhängig von euch ist, von einer grünen Politik, die das Stadtgrün zerstört und nicht Grün aufbaut und stärkt im Zeitalter des Klimawandels. Insofern sind die schönen Adjektive ja alle ganz toll. Wenn dann eine Dezernentin beim Neujahrsempfang des Ortsbeirates 3 noch Wahlwerbung für ihre Kandidatin macht, wenn Nargess Eskandari-Grünberg dort vorne auf dem Podium steht und der ganze Neujahrsempfang eine Propagandashow der GRÜNEN wird, dann hat das mit Kompetenz wenig zu tun, nur mit parteipolitischer Inkompetenz in dem Amt. Das ist aber wirklich nur ein Nebengleis, das will ich gar nicht weiter ansprechen, aber ich musste es einfach loswerden, weil ich auch Mitglied im Ortsbeirat 3 bin.

Wir haben hier also eine Umweltdezernentin, die Flankenschutz für eine Baupolitik gewährt, die die City und die innenstadtnahen Bereiche dem Immobilienkapital mit ausliefert, anstatt dagegegnzuhalten und gegen das Planungsdezernat aufzutreten. Sie mag als Person integer sein und hat in der Vergangenheit auch gute Sachen gemacht. Umso mehr verwundert es mich, dass sie heute als Dezernentin die Interessen, die sie in der Startbahnbewegung vertreten hat, verrät. Sie ist eben keine Dezernentin für Grün, sondern für Grünzerstörung in Frankfurt, vor allen Dingen für ein Weitervorankommen der Klimaaufwärmung der Stadt Frankfurt, und macht keine Politik, die sich dagegen wendet. Sie unterwirft sich den Interessen des Kapitals und der Politiker in Frankfurt, die die Interessen dieser Kapitalgruppen unterstützen.

(Beifall, Zurufe)

Danke!

8. Theaterförderung außerhalb der Städtischen Bühnen in Frankfurt am Main hier: Vergabe der 2- und 4-Jahresförderung für den Förderzeitraum ab 01.01.2018 .....	43
Vortrag des Magistrats vom 24.11.2017, M 229 <u>hierzu:</u> Antrag der AfD vom 06.12.2017, NR 467	
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU: .....	43
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	45
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	47
Stadtverordnete Hildegard Hübner, AfD:.....	49
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP: .....	51
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:.....	52
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	54
Stadträtin Dr. Ina Hartwig: .....	55
9. Commerzbank-Arena der Frankfurter Eintracht zum Kauf anbieten .....	56
Antrag der FDP vom 14.12.2017, NR 475	
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	56
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	59
Stadtverordneter Taylan Burcu, GRÜNE:.....	60
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:.....	61
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.: .....	63
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER: .....	64
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	66
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	68
10. Situation auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt - kommunale Beschäftigungsförderung.....	68
Bericht des Magistrats vom 24.11.2017, B 383	
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	69
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU: .....	71
Stadtverordneter Gregor Amann, SPD:.....	72
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	73
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	74
11. Gleichgeschlechtliche Ampelpärchen dauerhaft installieren .....	76
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 18.12.2017, NR 478	
Stadträtin Sylvia Weber:.....	76
Stadtverordneter Oliver Wurtz, AfD: .....	78
Stadtverordnete Verena David, CDU:.....	80
Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION:.....	82
Stadtverordneter Dimitrios Bakakis, GRÜNE:.....	83
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	84
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>85</b>
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD: .....	86
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.: .....	88

Sie als AfD können nur gegen Minderheiten treten, mehr schaffen Sie nicht in dieser Stadt.

(Beifall)

Ich bin mir bewusst, dass Sie die Art, wie ich und viele Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament, aber auch in Frankfurt leben, nicht akzeptieren werden. Gerade deshalb ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen.

(Beifall)

Sie wissen nicht, wie es ist, nicht gleichberechtigt in der Gesellschaft leben zu können, wie es ist, dass Frau und Frau oder Mann und Mann ihre Gefühle füreinander, ihre Liebe in der Öffentlichkeit nicht zeigen können. Das ist auch heute dank des Klimas der Angst, das Sie geschaffen haben, in unserer Stadt noch nicht möglich.

(Beifall, Zurufe)

Sie können nur gegen Minderheiten hetzen und schaffen dadurch ein Klima, das vielen - wenn auch wenigen hier in dieser Stadt - erlaubt, auch körperlich gegen Minderheiten vorzugehen. Es gibt noch genug Strafanzeigen in dieser Stadt, bei denen es darum geht, dass homosexuelle Paare mit Worten attackiert werden, aber auch mit körperlicher Gewalt. Das ist ein Zustand, den ich auch Ihnen mit ankreide.

(Beifall)

Die Sozialdemokratie hat sich nach dem Krieg geschworen, nie wieder Faschismus, nie wieder Rassismus in unserem Deutschland zuzulassen. Dem fühlen wir uns, dem fühle ich mich verpflichtet. Sie mögen so einen Antrag lächerlich finden, der in Ihren Augen Pillepalle ist, ich finde, er ist ein wichtiges Zeichen. Ich bedanke mich, wenn diese Stadt - meine Heimatstadt Frankfurt, meine Großstadt Frankfurt - dieses Zeichen setzt.

Vielen Dank!

(Beifall)

### **Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Klingelhöfer! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Bitte!

### **Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Ich danke eigentlich allen Vorrednern, die zur AfD gesprochen haben. Es sind sehr gute und wichtige Sachen gesagt worden. Aber einiges möchte ich doch noch klarer sagen. Das, was die AfD hier vertreten hat, ist die typische Stellungnahme einer feigen, verlogenen, demagogischen Partei, die hier so daherkommt und sagt, die SPD macht nichts für die „kleinen Leute“. Es mag ja sogar etwas dran sein, dass es da Defizite gibt. Aber Sie sind doch die Letzten, die dazu etwas sagen dürfen. Ihr Bundesprogramm - lesen Sie doch einmal darin nach - ist das neoliberalste Programm, das wir in der Bundesrepublik haben. Das ist das Programm gegen die „kleinen Leute“.

(Beifall)

Was Sie hier betreiben, ist Sozialdemagogie, nichts anderes. Punkt eins. Dazu könnte man noch viele Sachen sagen. Eines ist gerade gesagt worden: Symbole sind wichtig und müssen sein, solange es diese da gibt, solange wir wieder vermehrt solche menschenfeindlichen Positionen in der Politik und in der Gesellschaft haben. Solange die nicht beseitigt sind, solange brauchen wir jedes Symbol.

Ihr wollt negieren, ihr wollt revidieren, die gesamte deutsche Geschichte. Ihr wollt endlich den Schlusstrich ziehen, egal ob bei Antisemitismus - da seid ihr nur noch vorsichtiger -, egal ob bei Rassismus oder bei Sexismus, überall wollt ihr wieder das Reine, das Gute, das Deutsche, wie es manche Leute bei euch ganz offen sagen, und alle anderen Menschen sind „minderwertig“, sind nichts wert. Wer reduziert denn hier wen? Hier wurden Menschen nicht auf ihre Sexualität reduziert, nur weil es einen Antrag gibt, ein Symbol darzustellen, weil es die Verfolgung der Schwulen gegeben hat, weil sie noch heute auf der Straße angegriffen wer-

den, weil sie noch heute überall diskriminiert werden und weil es eben solche Leute wie Sie gibt, die das aufheizen und wieder neu anheizen, diese Verfolgung von solchen Leuten. Genau deshalb ist es sinnvoll, dass es das gibt. Wer reduziert, das sind Sie. Sie reduzieren nämlich Geflüchtete, Menschen, die aus schrecklichen Verhältnissen kommen, die hier in den Zentren des Kapitalismus mit produziert worden sind durch Kapitaleport, durch die Zerstörung der Wirtschaft dort und sie deshalb flüchten müssen, weil wir dort auch Krieg produziert haben - wir, die kapitalistischen Zentren -, und dann reduzieren Sie diese Menschen, die kommen, auf Brutalität, auf Vergewaltigung, auf Mörder. Was für eine unglaubliche inhumane Menschenfeindlichkeit ist das überhaupt? Ich habe überhaupt keine Worte dafür, wie Sie danebenliegen, wie Sie diese Menschen eigentlich, ohne es auszusprechen, erneut zu „unwerten Leben“ degenerieren. Das ist die erste Stufe. Ich habe Angst davor, was in zehn, 20 Jahren passiert, wenn man Sie weitermachen lässt, wie Sie jetzt schon in diesem Land auftreten.

(Beifall)

Herr Schenk, das betrifft auch die BFF. Sie lachen gerade. Ich beobachte schon, wo Sie mitklatschen und wo nicht. Distanzieren Sie sich nicht.

(Zurufe)

Was wir brauchen? Wir brauchen einen Stopp dieser braunen Tendenzen in diesem Land, die mit Demagogie, mit falschen Behauptungen - die Fake News kommen von Ihrer Seite - hier Stimmung machen. Und dann - zu der Reduzierung habe ich etwas gesagt -, möchte ich auch noch etwas zu dem Feige sagen. Die Symbolik, die Sie nicht herüberbringen können, ziehen Sie von der Tagesordnung herunter. Sie wollten doch den Eintracht-Präsidenten Fischer hier angreifen, indirekt, indem Sie einen Antrag stellen, dass der Eintracht Frankfurt das Geld entzogen wird. Aber es gibt wohl bei der AfD auch noch so etwas wie Fußballfans, und die haben gesagt, Leute, das könnt ihr nicht machen. Dann fallen uns die ganzen Fußballfans in den Rücken, treten uns, stoßen uns. Zieht den Antrag zurück. Und was kommt dann? Dann nehmen Sie sich ein Symbol, das Sie

scheinbar verhöhnenpipeln können - die Ampelpärchen - und bedienen sich dieser Symbolik, um es ins Lächerliche zu ziehen. Sie sind doch diejenigen, die versuchen, immer wieder die Schneise zu finden, wie Sie Menschen spalten können, Menschen auseinanderdividieren können, die Gleichheit von Menschen, die im Grundgesetz festgelegt ist, untergraben können. Diese Ewiggestrigkeit, die versucht, wieder die Zukunft der Menschen in Europa zu bestimmen, gehört gestoppt, sie gehört bekämpft, notfalls mit allen nötigen Mitteln, die wir zur Verfügung haben.

Danke!

(Beifall)

### **Stadtverordnetenvorsteher**

#### **Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Fuchs von der AfD-Fraktion. Bitte!

#### **Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,  
meine Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich zu dem Thema ursprünglich gar nicht zu Wort melden, sehe mich aber doch dazu veranlasst. Ich kann es Ihnen dann doch nicht ganz ersparen.

Ich glaube, wir leben wirklich in zwei Paralleluniversen, was die Wahrnehmung betrifft. Das glaube ich mittlerweile tatsächlich. Denn bei dieser ganzen Thematik geht es nicht um Homosexualität und es geht auch nicht um den Christopher Street Day, der kann von uns aus auch fünfmal im Jahr stattfinden, das ist überhaupt nicht das Problem. Aber wenn ich sowohl diesen Antrag lese, als auch die Diskussion jetzt hier verfolge, muss ich tatsächlich an eine Rede von Franz Josef Strauß Anfang der Achtzigerjahre zurückdenken, der einmal sagte, wenn die Roten und die Grünen in diesem Land das Sagen bekommen, entwickelt sich Deutschland zum buntgeschmückten Narrenschiff Utopia, wo zwei Rote und ein Grüner die Rolle der Fäschungskommandanten übernehmen.

Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	89
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:.....	91
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	93
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	93
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	94
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD: .....	95
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>95</b>
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	96
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD: .....	97
12. Bebauungsplan Nr. 556 Ä - Messeviertel/Hemmerichsweg - 1. Änderung hier: Aufstellungsbeschluss - § 2 (1) BauGB .....	98
Vortrag des Magistrats vom 08.12.2017, M 245 <u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 19.01.2018, NR 489	
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	98
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	99
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	101
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	102
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE: .....	104
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>104</b>
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	106
13. Bürgerentscheid als Vertreterbegehren zu den Städtischen Bühnen.....	107
Antrag der BFF vom 28.11.2017, NR 460	
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	107
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD: .....	109
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	109
14. Resolution: Rassismus hat keinen Platz in Frankfurt.....	110
Gemeinsamer Antrag der LINKE., der FRAKTION und der FRANKFURTER gemäß § 17 (3) GOS vom 01.02.2018, NR 501	
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	110
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	111
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	113
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	113
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	114
Schritfführerin: Jessica Purkhardt:.....	115
15. Keine Landrechte für diskriminierende Kuwait-Airlines in Frankfurt.....	116
Antrag der AfD vom 01.11.2017, NR 432 <u>hierzu:</u> Antrag der AfD vom 13.12.2017, NR 472	

**Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,  
meine Damen und Herren!

Ich fasse mich kurz, aber ein paar Anmerkungen kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Kliehm. Erstens, zu Herrn Hübner: Der Begriff Schuldlust stammt nicht von Herrn Hübner, sondern von Henryk M. Broder, so viel sollte man wissen. Zweitens, lieber Herr Stock, es geht hier nicht um Akzeptanz und Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben, es geht generell darum - das können Sie von mir aus auch beim Thema Verkehrsordnung benutzen -, dass der Staat nicht das Recht hat, den Leuten vorzuschreiben, wie sie etwas finden. Darum geht es. Toleranz kann der Staat fordern, er kann aber keine Akzeptanz fordern, denn das heißt, ins Gehirn der Leute hineinzukriechen, und das ist - es tut mir leid - totalitär.

(Beifall, Zurufe)

Drittens, liebe Frau David, lieber Herr Becker, Sie haben jetzt ein paar Mal Herrn Gauland und das Boateng-Zitat gebracht. Vielleicht sollten Sie nicht immer nur irgendwelche seltsamen Zeitungen lesen, sondern auch einmal das Original. Als Historiker bin ich es gewohnt, ad fontes zu gehen. Herr Gauland - auch wenn ich ihn normalerweise nicht verteidige, aber in dem Fall muss ich es tun - hat niemals behauptet, er möchte nicht neben Jerome Boateng leben. Er hat gesagt: Es gibt Leute, die ihn immer ganz toll finden, aber neben ihm wohnen, möchten sie nicht. Ich breche es einmal auf Frankfurter Verhältnisse herunter: Er hat im Endeffekt die linke Bionade-Boheme gemeint, die zwar gerne von Multikulturalität faselt, aber dann doch lieber im Nordend wohnt und nicht in Sindlingen, Zeilsheim, Höchst oder Fechenheim. Sprich, es geht bei dem Thema um linke Doppelmoral und um sonst gar nichts.

(Beifall)

Lieber Herr Becker, es kommt immer das Thema Gedeon, Höcke und Poggenburg. Erstens bin ich es leid, mich von Provinzpolitikern aus Thüringen und Sachsen-Anhalt ständig in Geiselnhaft nehmen zu lassen. Das

kann ich Ihnen sagen. Aber zum Thema Gedeon: Außer Gedeon fällt Ihnen zum Thema Antisemitismus niemand ein. Und warum? Weil Ihr Vorwurf, wir seien Antisemiten, schlicht und einfach erstunken und erlogen ist. Ich kann Sie gerne einmal mit Dimitri Schulz zusammenbringen, der Stadtverordneter in Wiesbaden ist, übrigens jüdischen Glaubens, nur zur Information.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Sie haben noch acht Minuten und dreißig Sekunden Redezeit. Bitte!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Noch einmal ganz kurz, weil das Argumente sind, die immer wieder vorkommen: „Wir, die AfD, sind aus einer demokratischen Wahl hervorgegangen“ beziehungsweise nicht gegründet worden, sondern hier in das Parlament rein gekommen. Das ist die Begründung dafür, dass hier alles gesagt werden kann, bis hin zu offenem völkischen braunen Dreck. Das kann es nicht sein! Und eine Grenze wird in diesem Staat gesetzt, die ist ganz klar: In Deutschland ist nicht jede Meinung ein Teil der Meinungsfreiheit.

(Zurufe)

Wenn die Meinung die Gleichheit aller Menschen untergräbt, die Würde der Menschen untergräbt, wenn die Grundsätze, die im Grundgesetz festgehalten sind - die Menschenrechte -, verletzt werden, dann können sie auch durch gewählte Vertreter verletzt werden. Sie finden dort ihre Grenze, und diese Art Meinungen, die andere Menschen herabsetzen, sind nicht gleichberechtigt neben anderen Meinungen, sie sind nicht Teil der Meinungsfreiheit von rechts bis links in diesem Staat. Das trifft die AfD in voller Schärfe. Das müssten Sie, Herr Fuchs, auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe)



Ja, das ist klar. Es ist hier von Herrn Becker in bewundernswerter Klarheit gesagt worden, wo der Kern Ihrer Partei liegt.

(Zurufe)

Das ist doch wieder diese Verlogenheit. Da wird hier jetzt plötzlich der Großstadt-Rechtspopulist, oder was Sie auch immer sein mögen, herausgekehrt und Sie reden von sogenannten Provinzpolitikern. Wenn Höcke ein Provinzpolitiker ist, dann weiß ich nicht, wo ich mich gerade zupfen soll.

(Zurufe)

Ha, ha, ha. Bernd Höcke ist ein sehr einflussreicher Mensch in Ihrer Partei und kein Provinzpolitiker. Er kommt aus einer Stadt - ich habe es hier schon einmal gesagt -, in der aus einer jugendpolitischen Arbeit Nazis, die zum NSU-Umfeld gehören, stark geworden sind. Es wird behauptet, dass auch Herr Höcke Beziehungen in diese Richtung hat.

(Zurufe)

Ich kann nur sagen, es wird behauptet, ich habe es selbst nicht nachgeprüft. Aber seine Äußerung zur Gleichheit von Menschen, seine Äußerung dazu, wer ausgegrenzt und wer eingegrenzt werden soll, seine Äußerungen zum Sozialen und zum Unsozialen, zum „Volkskörper“, all diese Sachen sind belegt. Es bringt nichts, Ihnen das hier als Zitat vorzuhalten, aber eines ist völlig klar: Der letzte Parteitag der AfD hat das Gegenteil von dem gezeigt, was Sie hier gerade vorgeführt haben. 50 Prozent in der AfD haben für Kandidaten des Höcke-Flügels gestimmt. Da sagen Sie, dass seien Provinzpolitiker?

(Zurufe)

Das ist eine klare hegemoniale Linie innerhalb der AfD, die nichts anderes ist als Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2018.

Danke!

(Beifall)

### **Stadtverordnetenvorsteher**

**Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Busch von der SPD-Fraktion. Bitte!

(Zurufe)

### **Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:**

Keine Sorge, noch bin ich ganz ruhig.

Meine Damen und Herren!

Ich finde, es war eine interessante Lehrstunde, wie die AfD gedenkt, hier in diesem Parlament zu funktionieren und zu arbeiten beziehungsweise nicht mitzuarbeiten. Bei allen Themen, die heute Abend relevant waren, das Waldstadion oder auch das sehr wichtige Thema Beschäftigungsförderung - von wegen kleine Leute und ihre Arbeit -, hört man von der AfD keinen Pieps. Da gibt es auch in den Ausschüssen keinerlei produktive Mitarbeit, sondern Sie machen hier eine Eventgeschichte, an Kleinigkeiten wird sich hochgezogen, es werden - ich gebe es zu, rhetorisch nicht völlig unbegabt - irgendwelche Nebenkriegsschauplätze aufgemacht, immer schön vermischt mit so einer Opferrolle, wir sind hier die Ausgegrenzten, wir sind die Verfolgten, das alles ist erstunken und erlogen, was ...

(Zurufe)

Sie können ruhig einmal zuhören und müssen nicht ...

(Zurufe)

Ich höre Ihnen sehr aufmerksam zu, wahrscheinlich aufmerksamer als Ihnen lieb sein kann, Herr Dr. Rahn.

(Beifall)

Wer Ihnen sehr genau zuhört, der erkennt sehr genau, welche Techniken Sie sich bedienen. Das sind Techniken, die es in diesem Land schon lange gibt. Es gibt Leute, die haben das zur Perfektion gebracht und ha-

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Pawlik! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Baier von den GRÜNEN. Sie haben noch drei Minuten und 30 Sekunden Redezeit. Bitte!

**Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich fasse mich kurz. Jeder, der die Debatte im Dezember nachgelesen oder angehört hat, kann eigentlich nichts anderes sagen, als dass er die Wiederholung heute überflüssig findet. Das ist alles schon gesagt worden. Punkt eins.

Punkt zwei geht an die Adresse von Frau Tafel-Stein und Herrn Yilmaz. Man sollte im Zusammenhang mit Wohnungsbau das Wort Getto vermeiden. Jeder weiß, was ein Getto einmal bedeutet hat. Jeder, der dieses Wort benutzt, verharmlost und relativiert die deutsche Geschichte. Das sage ich nicht erst seit heute und werde es noch hundertmal wiederholen.

(Beifall, Zurufe)

Dann bitte ich Frau Tafel-Stein, nachzurechnen. Sie haben gesagt, es sei 15 Jahre lang spekuliert worden. Wer war denn 15 Jahre lang im Land Hessen an der Regierung und hat mitspekuliert?

(Zurufe)

Die FDP war Mitglied der Hessischen Landesregierung. Tut mir leid, aber das ist so.

Wir begrüßen es, dass wichtige Punkte von uns berücksichtigt wurden. Das ist natürlich der Wohnungsbau mit dreißigprozentigem Anteil an sozialem Wohnungsbau, das ist die Turnhalle der Falkschule - jahrzehntelang erwartet -, dass ein größerer Anteil an Kultur dort stattfindet, hat noch niemand gesagt, dass wir, wie der Planungsdezernent gesagt hat, einen doppelten Wettbewerb bekommen und dass wir bei dem Wettbewerb - das möchten wir GRÜNE haben, und ich glaube,

es wird auch so kommen - eine Bürgerbeteiligung haben, die der Qualität derer im Innovationsquartier in nichts nachsteht.

Jetzt kommen mit Sicherheit Herr Müller, Herr Yilmaz und Herr Zieran noch einmal und sagen, man müsse dem Kapitalismus den Boden entziehen. Das ist das, was man klassisch eine negative Utopie genannt hat. Da wird von ihnen nur gesagt, was nicht sein soll, wem man etwas wegnimmt, aber keine Frage, wer baut oder woher das Geld kommt. Damit sind die Herren auf der linken Seite überglücklich, weil sie ja keinerlei positiven Beitrag leisten wollen. Sie sind an dem Punkt absolut realitätsfern - auch das habe ich ihnen schon öfter gesagt -, und auch das werden sie sich in diesem Parlament noch viele Monate anhören müssen.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Baier! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Herr Zieran, Sie haben noch acht Minuten und 40 Sekunden Redezeit. Bitte!

(Zurufe)

Ja, wer fleißig schnorren geht, hat auch noch Redezeit.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Also bitte, noch sind wir nicht im Freizeitteil.

Uli Baier: kritische Theorie, Adorno, negative Dialektik. Negation ist der Anfang des Konstruktiven.

(Zurufe)

Das sollte man kennen. Man sollte auch die Gründungsprogramme der GRÜNEN kennen, und man sollte, wenn man selbst einmal in der Nähe der ersten Fraktion der GRÜNEN gearbeitet hat, die Konzepte zur Kenntnis nehmen, die es schon damals gab. Und auch dazu gab es etwas.

(Zurufe)

Dazu komme ich gleich.

Der erste Punkt, was mir hier furchtbar auf den Keks geht, ist die soziale Diskriminierung. Tafel-Stein, Pawlik, Kößler, alles das Gleiche.

(Zurufe)

Es wird von einem sozialen Mix geredet, der notwendig sei. Was heißt denn das? Sind Arme unsozial? Muss man ihnen deswegen Reiche zur Seite setzen? Was soll denn das heißen? Dann fällt das Wort „Wohngettos“. Wenn man das Wort überhaupt benutzt, welche Wohnungseinheitlichkeitsregion haben wir denn hier? Wir haben reiche Regionen, und wir haben gewerbebeeinträchtigte Regionen in Massen. Da wird in diesem Antrag geredet, wir müssen das Umfeld Europaviertel beachten, da wird gesagt, wir brauchen dort eine kluge Mischung, und das sei jetzt die neue Politik von Herrn Pawlik. Was für ein Witz. Ich schaue mir die Kreuzung an, dreiviertel ist Gewerbe. Da stehen Banken, da gibt es massenweise Geschäfte, aber nein, wir müssen auf dem Bauplatz, den wir haben, auch noch Hochhäuser bauen. Wir müssen da noch den Wohnraum wegnehmen, den wir zur Verfügung hätten, und dann bauen wir draußen auf den Grünflächen, weil wir in der Stadtmitte nicht die Muffe haben, uns damit auseinanderzusetzen. Es geht nicht um Sozialmix, wenn man hier irgendwem intellektuelle Unredlichkeit vorwirft - das ging ja bis hin zu einer persönlichen Beleidigung von Eyup Yilmaz -, dann würde ich sagen, liegt es eher bei Ihnen und nicht bei ihm.

Es geht doch nicht um Verschwörungstheorien, wie Herr Kößler sagt, sondern um Fakten. Die Fakten sind, dass dieser Baugrund teuer ist und dass dort Leute bauen sollen, die reich sind. Das brauchen wir auch, denn die Stadt hat es im Augenblick nicht, nach dem, was alles an falscher Politik gemacht worden ist. Sie will selbst nicht die Initiative ergreifen und wagt auch nicht den Konflikt mit diesem Besitzstandsürgertum hier in Frankfurt. Die einzelnen Redner, die zumindest einen Anfang gemacht haben - im Gegensatz zu den ganzen Rednern, die sehr unredlich waren -, erkenne ich an, so die Wortwahl im Planungsdezernat, wenn das richtig ist, was

hier in der Zeitung steht, abschöpfen von Bodengewinnen, soziale Verantwortlichkeit fordern. Da wird zumindest einmal aufgezeigt, dass es eine andere Politik geben könnte und dass man einen ersten Schritt in diese richtige Richtung geht. Es ist aber einfach nicht weit genug, angesichts dessen, was in den letzten Jahrzehnten zerstört worden ist, auch unter Mithilfe der GRÜNEN, Uli Baier, denn uns fehlen hier 40.000 Sozialwohnungen. Die müssen doch irgendwo hin. Die kriegen wir nicht dahin, wenn wir weiterhin auf diesen Grundstücken Hochhäuser bauen oder Gewerbe ansiedeln. Erst einmal hochpreisigen Wohnungsbau und dann, damit diese 30 Prozent auch bloß ausgeglichen sind, Arme rasten ja aus, Arme sind nicht in der Lage, sich sozial zu verhalten, den 15 Prozent Armen soundsoviel andere gegenüberstellen. Das ist eine wirklich fast schon asoziale Argumentationsweise von Ihrer Seite.

Wir brauchen keinen Mix, wir brauchen dort - und das ist unsere Kritik an dem linken Antrag, der in der Grundsatzsubstantz gut ist, allerdings würden wir weiter gehen, das habe ich schon einmal gesagt - wegen der fehlenden Sozialwohnungen jeden Quadratmeter. Deswegen meinen wir, dass wir dort den Mix so machen müssen, dass wir sagen, 80 Prozent Sozialwohnungsbau und die restlichen 20 Prozent für kleine Familien, Genossenschaften und so weiter. Dies nicht auf Ewigkeit, aber wir müssen die Strukturängel der Planungspolitik der letzten Jahrzehnte ausgleichen. Daran muss gearbeitet werden; immerhin in der Wortwahl und in dem, dass versucht wird, wenigstens die zu wenigen 30 Prozent einmal einzulösen, was man nicht gerade von dem grünen Dezernenten vorher behaupten kann, dass er es wirklich versucht hat, es überhaupt in die Realität umzusetzen. Sein Ausweg war immer nur, draußen zu planen und nicht die Leute in der Stadt in die Pflicht zu nehmen. Das lässt hoffen, dass wir vielleicht noch einmal weiterkommen. Allerdings lässt Herr Pawlik nicht hoffen, der leider aus der gleichen Partei kommt wie der aktuelle Planungsdezernent, wenn er hier so einen Unsinn erzählt und die LINKEN heruntermacht, weil sie Forderungen stellen und angeblich die Realität nicht berücksichtigen.

Sie berücksichtigen die Realität nicht, dass nämlich der Bauraum von anderen Gruppen

in der Stadt in Besitz genommen wird. Sie berücksichtigen die Realität der sozialdemokratischen Partei nicht, die sich von ihren eigenen Zielen abgewendet hat, die das Grundproblem einmal benannt hat, dass gegen die Spekulationen von Grund und Boden nur die Kommunalisierung von Grund und Boden in Ballungsgebieten hilft. Davon wollen Sie heute nichts mehr hören. Sie reden auch nicht darüber, dass vermehrt Vorkaufsrechte hier in Anspruch genommen werden können und dass ich durch einen Bebauungsplan festlegen kann, was dort gebaut wird, und zwar durch einen noch schärferen Bebauungsplan. Immerhin ein erster Schritt, aber wir hätten noch weiter gehen können. Das ist hier entschieden worden. Das ist die Meinungsbildung in der Koalition, die Sie mittragen, und nicht dort draußen irgendeine Realität, die die LINKEN nicht anerkennen würden. Sie wollen nicht darüber reden, dass die Kungelei in der Koalition dazu führt, dass wir wieder einmal nicht das Optimum an Sozialwohnungen dort bauen können.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Die nächste und letzte Wortmeldung kommt von Herrn Yilmaz von der LINKEN. Bitte!

**Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:**

Herr Pawlik, wenn Sie denken, dass Sie Recht bekommen, wenn Sie so laut reden, dann irren Sie sich. In der Tat haben Sie nichts gesagt. Diese Flächen sind öffentliche Grundstücke. Als SPD sagen Sie auch, dass wir bezahlbaren Wohnraum bauen müssen. Wenn Sie auf öffentlichen Grundstücken nicht bezahlbare Wohnungen bauen können, wo denn sonst?

(Beifall)

Sie versuchen, die öffentlichen Grundstücke an internationale Investoren zu verkaufen, und dann sagen Sie, wir haben keine Wohnflächen, wir müssen da und dort auf Grünflä-

chen zurückgreifen. Sie und die GRÜNEN haben alles verkauft.

(Zurufe)

Jetzt kommen Sie her und behaupten, Sie hätten es so und so gesagt, aber das entspricht nicht der Wahrheit. In dem Zusammenhang möchte ich auch ein Wort an die FDP richten. Die FDP will alles privatisieren.

(Beifall, Zurufe)

Ja, bei der Commerzbank-Arena ist das sowieso der Fall. Aber ein Satz zu Herrn Dr. Kößler: In Frankfurt, wir haben es doch beim Kulturcampus, der auch dem Land gehörte, gesehen, es wurde an die ABG Frankfurt Holding verkauft, und die hat weiter an die privaten Investoren verkauft. Denken Sie an das Gelände des ehemaligen AfE-Turms, da kommen Luxuswohnungen und ein Hotel hin. Können Sie dort bezahlbaren Wohnraum finden oder eine geförderte Wohnung? Nein. Und auch auf das heute zur Diskussion stehende Gelände wird nichts kommen. Das wissen Sie so gut wie ich. Aber man darf öffentliches Eigentum nicht einfach an die Investoren verkaufen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Yilmaz! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache und lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegten Empfehlungen zu dem Tagesordnungspunkt 12. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt sind. Wer dem Ausschussbericht zustimmt, sodass für jeden die Stimmabgabe der jeweiligen Fraktion im Ausschuss und für die fraktionslosen Stadtverordneten deren schriftlich vorliegendes Votum gilt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Wer stimmt dagegen? (Geschieht) Wer enthält sich der Stimme? (Geschieht) Ich stelle fest, dass der Ausschussbericht einstimmig angenommen wurde. Somit ist der Vorlage M 245 in der vorgelegten Fassung zugestimmt und der Antrag